

**14. September 2010  
PRESSEMITTEILUNG**

**Zentralrat kritisiert bekanntgewordenen Runderlaß des französischen Innenministeriums und wirft Regierung gezielte Stigmatisierung der Roma-Minderheit vor**

Der jetzt bekannt gewordene Runderlaß des französischen Innenministeriums, in dem die Präfekten angewiesen werden, „vorrangig gegen Roma ... mindestens eine wichtige Operation (Evakuierung/Auflösung/Abschiebung) pro Woche“ durchzuführen, belegt den Vorwurf des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, daß Frankreichs Staatspräsident Sarkozy gezielt und kalkuliert die Stigmatisierung der Roma-Minderheit betrieb. Ebenso deutlich wird jetzt, daß die französische Regierung nach der Kritik an den Abschiebungen dezidiert die Falschaukünfte gab, als sie erklärte, daß die Aktionen nicht gegen Roma gezielt seien. Zuvor hatte Sarkozy seine sogenannte „Sicherheitsoffensive“ pauschal damit begründet, daß die in Frankreich sich aufhaltenden Roma ein „Sicherheitsproblem“ darstellten.

Es ist jetzt offenkundig, daß die Abschiebungen aus Frankreich gegen EU-Recht ebenso verstoßen wie gegen französisches Recht. Sarkozys Politik habe den Rechtsstaat in Frankreich zur Disposition gestellt und gleichzeitig rechtsradikale Positionen in der Gesellschaft akzeptabel gemacht habe. Dies berge die Gefahr rechtsradikaler Gewalt in sich, wie Vergangenheit und Gegenwart hinreichend gezeigt habe.

Für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma besteht der Skandal genau darin, daß Staatspräsident Sarkozy und das französische Innenministerium die alten Vorurteile und rassistischen Stereotype gegen Roma benutzt haben, um ihre Politik zu legitimieren. Damit habe Sarkozy die Stigmatisierung und Ausgrenzung der Minderheit bewußt in Kauf genommen, um die Zustimmung rechtsextremer Wählerschichten zu gewinnen.

Sarkozy habe die nationalen Minderheiten der Sinti und Roma in Europa massiv herabgesetzt und in der Öffentlichkeit erheblich geschadet. Es sei dagegen Aufgabe der obersten Repräsentanten der Europäischen Staatengemeinschaft, die Würde und Rechte der Menschen zu schützen und sich gegen jede Form von Rassismus zu wenden. Gerade in Deutschland sind sich die Angehörigen der Minderheit der Gefahren von rassistischen Ideologien dauernd bewußt, nachdem im nationalsozialistischen Europa über 500.000 Sinti und Roma aufgrund dieser Ideologien ermordet wurden.